

1 2. Ordentlicher Bundesfrauenrat
2 Berlin, 28.10.2007 Bundesgeschäftsstelle

3
4
5
6

7 **Beschluss**

8

Für eine gleichstellungsorientierte und geschlechtergerechte Familienpolitik

9

10 **Familien in ihrer Vielfalt unterstützen!**

11

12 Familie und Familienpolitik ist derzeit in aller Munde. Nicht nur angesichts des
13 demografischen Wandels ist die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft ins
14 Rampenlicht von Öffentlichkeit und Politik geraten. Eine Stärkung von Familie wird
15 momentan allorts gefordert.

16 Dabei soll Familienpolitik Rahmenbedingungen schaffen, in denen Familie und
17 Familienentwicklung nachhaltig gelebt werden können.

18 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Familienpolitik nicht gleich Frauenpolitik. Aber
19 Familienpolitik schafft Rahmenbedingungen für das Leben vieler Frauen in Deutschland.
20 Am deutlichsten wird dies bei der politischen Beharrung auf überholten Familienstrukturen,
21 die die Entscheidungsfreiheit von Frauen immer noch massiv einschränken. Auch der
22 überfällige Ausbau von Kinderbetreuung wird nicht allein zur Verwirklichung von
23 Lebensentwürfen von Frauen führen. FamilienforscherInnen sprechen von einer
24 "strukturellen Rücksichtslosigkeit" von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber
25 modernen, auf die Kombination von Elternschaft und Berufstätigkeit gerichteten
26 Bedürfnissen und Wünschen vor allem junger Frauen.

27

28 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drängen schon lange darauf anzuerkennen, dass sich die
29 Lebensrealität vieler Familien geändert hat und Familienformen und gelebte
30 Verantwortungsübernahme immer vielfältiger geworden sind.

31

32 **Aus grüner Sicht ist klar: Familie ist da, wo Kinder sind und wo in verbindlichen
33 Beziehungen Verantwortung füreinander übernommen wird. Familie wird in den
34 verschiedensten Konstellationen gelebt und alle, egal ob Eineltern-, Regenbogen- oder
35 Patchwork-Familien, brauchen die Unterstützung und Solidarität der Gesellschaft.**

36

37 Ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt bei der Förderung von Familie, in welcher
38 Konstellation sie uns auch immer begegnet, muss aus grüner Sicht die

39 Geschlechtergerechtigkeit sein. Feministische Familienpolitik sollte den Fokus auf das
 40 Wohlergehen aller Individuen legen: des Kindes, des Mannes und Vaters, nicht nur in
 41 seiner vermeintlichen Rolle als Haupternährer, sondern als Erziehender und besonders auf
 42 die Frauen, nicht nur in ihrer Rolle als Mutter oder Fürsorgende, sondern auch als
 43 Erwerbstätige. Das Erreichen formaler und tatsächlicher Gleichstellung beinhaltet den
 44 differenzierten Lebensmodellen von Frauen Rechnung zu tragen und orientiert sich nicht
 45 nur an den bisherigen typisch männlichen Lebensformen und Erwerbsbiographien.
 46 Zudem kann nur eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik die
 47 Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein großes Stück voranbringen.
 48 Dazu müssen die Folgen familienpolitischer Entscheidungen bereits im Vorfeld darauf
 49 überprüft werden, ob sie der Geschlechtergleichheit förderlich sind und somit dem Gender
 50 Mainstreaming Prinzip entsprechen.

51

52 **Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine**
 53 **gleichstellungsorientierte, emanzipative und nachhaltige Familienpolitik ein, die alle**
 54 **Menschen, die für- und miteinander Verantwortung übernehmen in den Mittelpunkt stellt**
 55 **und nicht bestimmte Familienmodelle oder Rollenbilder.**

56

57 Gleichstellung ist mehr

58

59 Um Gleichstellung zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen für Familien nachhaltig
 60 verändert werden.

61 Das heißt: alle sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen, und gesellschaftliche
 62 Maßnahmen die getroffen werden, müssen sich an der Gleichstellung orientieren. Dazu
 63 gehört eine reale Möglichkeit für Frauen und Männer Familienleben und ein
 64 existenzsicherndes Berufsleben zu vereinbaren. Zwingende Voraussetzung dafür ist die
 65 Schaffung einer funktionierenden und qualitativ hochwertigen Infrastruktur wie die
 66 Kinderbetreuung ab dem 1.Lebensjahr, Ganztagschulen, flächendeckende ambulante und
 67 (teil-) stationäre Pflegeeinrichtungen und den Ausbau personennaher Dienstleistungen.
 68 Aber auch steuerliche Maßnahmen, wie das Ehegattensplitting oder die beitragsfreie
 69 Mitversicherung der EhepartnerInnen fördern traditionelle Rollenmodelle und den
 70 dauerhaften Ausstieg aus dem Berufsleben, setzen die Hürden für einen Wiedereinstieg
 71 sehr hoch und wirken der Gleichstellung entgegen. Auch die Veranlagung als
 72 Bedarfsgemeinschaft bei den Leistungen zu Hartz IV fördern diese. Deshalb müssen
 73 familiäre Auszeiten (Erziehungs- oder Pflegezeiten) so gestaltet werden, dass sie nicht zu
 74 einem langfristigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben führen. Maßgaben oder gesetzliche
 75 Regelungen, die einen langen Ausstieg aus dem Berufsleben forcieren oder befördern sind
 76 aus gleichstellungspolitischer Sicht kontraproduktiv und werden von uns abgelehnt.

77

78 Die Aufteilung der Elternzeit paritätisch zwischen Vater und Mutter bzw.
 79 gleichgeschlechtlichen PartnerInnen muss strukturell unterstützt werden. Der
 80 Mindestregelsatz bei der Bemessung des Elterngeldes für Geringverdienende oder Eltern
 81 ohne Einkommen muss erhöht werden. Nicht nur die Erhöhung der Zahl der erziehenden
 82 Väter ist unser Ziel, sondern auch die massive zeitliche Ausdehnung der Elternzeit auf
 83 Männer und damit die Reduzierung des Risikos für Frauen nach der Elternzeit nicht mehr
 84 ins Erwerbsleben zurückzukehren.

Den demographischen Wandel bunt gestalten

In Deutschland findet ein demographischer Wandel statt, unsere Gesellschaft wird in der Jahrhundertmitte anders zusammengesetzt sein als jetzt. Wir werden weniger sein, weil seit dreißig Jahren die Geburtenrate bei 1,4 Kindern pro Frau liegt. Wir werden älter sein, weil die Lebenserwartung kontinuierlich ansteigt. Und wir werden bunter sein, weil Menschen mit Migrationshintergrund schon jetzt ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen und Zuwanderung weiterhin stattfindet. Diese Zukunft gilt es zu gestalten – und nicht zu instrumentalisieren, um AkademikerInnen dazu zu drängen, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen. Konservative PolitikerInnen, flankiert von selbsternannten Demographie-ExpertInnen, machen die Frauen für “das Schrumpfen und die Vergreisung” der Gesellschaft verantwortlich, weil sie angeblich Karriere über Kinder stellen. Gerade in Ländern mit einer hohen Frauenerwerbsquote ist die Geburtenrate höher als in Ländern mit einer niedrigeren. Die Regierungspolitik reagiert mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen, die die Steigerung der Geburten als Ziel definiert und weil sie Kinder zu KonsumentInnen und BeitragszahlerInnen degradiert.

Grüne Frauen lehnen eine Politik ab, die Frauenpolitik auf Familienpolitik reduziert und Familienpolitik zur Bevölkerungspolitik umdefiniert. Frauen sollen ihre Lebensgestaltung mit oder ohne Kinder selbstbestimmt entscheiden. Wenn die Geburtenrate eine Reaktion auf Missstände in den gesellschaftlichen Strukturen ist, müssen die Rahmenbedingungen sofort verbessert werden, mit dem Ziel Frauen tatsächlich eine Wahlfreiheit zu bieten. Für Frauen gibt es bei jeder biografischen Station mehr als einen guten Grund, die Realisierung des Kinderwunsches aufzuschieben. Keinen sicheren Arbeitsplatz zu haben bzw. der unsichere Arbeitsplatz des Partners/der Partnerin sind die dafür am häufigsten genannten Gründe. Eine jahrelang praktizierte Gesetzgebung und die Reformierung der Sozialsysteme ohne geschlechterpolitische Folgenabschätzung haben eine Langzeitwirkung im sozialen Gedächtnis. Deshalb fordern Grüne Frauen die tatsächliche Umsetzung von Gender Mainstreaming und bei Nichtbeachtung entsprechende Sanktionierungen und die Aufstellung geschlechtergerechter Haushalte.

I. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, heißt für uns nicht nur das Recht der Frauen, auch wenn sie Mütter sind, auf gerechte Teilhabe im Erwerbsleben durchzusetzen, sondern auch, das Recht der Männer auf Familie erst zu nehmen.

1. Veränderungen der Arbeitswelt:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur durch infrastrukturelle Maßnahmen, wie ausreichende und qualitativ hochwertige Frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten oder Kinderkrippen zu erreichen. Deshalb setzen wir uns gleichzeitig für eine konsequente Frauenförderpolitik und ernsthafte Maßnahmen in der Arbeitszeitpolitik - hin zu existenzsichernder Teilzeit oder verkürzter Vollzeit für beide Elternteile ein. Wir fordern eine Arbeitswelt, die unter Flexibilität nicht nur die freie Verfügbarkeit der ArbeitnehmerInnen versteht, sondern, die auch mehr Sicherheit und Flexibilität bei der Arbeitszeit für Mütter und Väter gleichermaßen anbietet.

131 Einige wenige Unternehmen haben schon gezeigt, dass sich Familienfreundlichkeit
132 rechnet. Die Wirtschaft fordert eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik, um „der
133 demographisch belasteten Wachstumsphase zwischen 2030 und 2043“, wenn die Baby-
134 Boomer in Rente gehen, zu entgehen. Als primärer Wachstumseffekt soll bis 2014 eine
135 Steigerung der Geburtenrate auf 1,7 Kinder pro Frau erreicht werden. Die Wirtschaft stellt
136 Forderungen an die Politik und ist doch selber einer der größten Verursacher von
137 Ungleichheit. Deshalb müssen wir gegenüber der Wirtschaft fordernder auftreten, denn der
138 beklagte Fachkräftemangel ist gerade in Hinblick auf Frauen und Mädchen hausgemacht.
139 Hier stehen vor allem die Unternehmen in der Verantwortung, familienfreundliche und
140 frauenfördernde Maßnahmen umzusetzen. Dazu gehört auch, die skandalöse
141 Ungleichbezahlung und Ungleichbewertung der Arbeitsleistung von Frauen und Männern
142 entschieden zu bekämpfen.

143

144 **2. Infrastruktur ausbauen:**

145 Vergleichende Studien zeigen: Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein
146 Grund für die anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland. Wenn Junge Menschen
147 sehen, dass eine Familiengründung langfristige Benachteiligungen im, oder sogar einen
148 längeren Ausschluss aus dem Erwerbsarbeitsleben zur Folge hat, entscheiden sie sich
149 immer häufiger gegen das Leben mit Kindern. Andere schieben den Zeitpunkt der
150 Familiengründung sehr weit nach hinten und bekommen dann oft - entgegen ihren
151 Wünschen - nur ein Kind.

152 Der selbstbestimmte Zeitpunkt der Familiengründung und Planung weiterer Geburten war
153 immer eine Forderung und ein Ziel der Frauenbewegung. Das Frauen aber diese
154 Lebensplanung nicht an ihren Bedürfnissen, sondern an gesellschaftlichen Zwängen
155 ausrichten, ist eine Folge falscher politischer und gesellschaftlicher Rahmensetzung.
156 Infrastrukturausbau untersteht einer direkten politischen Willensbildung und muss
157 gleichzeitig mit der armutsverhindernden Förderung von Familien und der Beseitigung von
158 Frauenarmut und finanziellen Abhängigkeitsverhältnissen vorangetrieben werden.
159 Qualitativ hochwertige Betreuung und frühkindliche Bildung hat nicht nur Auswirkung auf
160 die Erwerbstätigkeit von Frauen, sondern gewährleistet auch gleichberechtigten Zugang
161 zum Bildungssystem für alle Kinder.

162 Wir sehen die Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung als die Grundlage für
163 lebenslanges Lernen, Teilhabe und Zugangsgerechtigkeit gleichermaßen. Deshalb fordern
164 wir einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung ab dem
165 ersten Lebensjahr. Wir wollen Vielfalt in den Erziehungsmöglichkeiten und echte
166 Wahlfreiheit. Dazu gehört auch die Unterstützung der Tagespflege. Ein Betreuungsgeld á
167 la CSU jedoch lehnen wir ab, da dies Frauen faktisch eher dazu bewegt, zu Hause zu
168 bleiben und auf eine eigenständige Existenzsicherung zu verzichten.

169 Wir wollen integrative Tagesstätten, die für Kinder mit und ohne Behinderungen sowie
170 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf – gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft -
171 gleichermaßen offen sind und den unterschiedlichen Anforderungen entsprechen. Unser
172 Ziel ist, dass die Frühkindliche Bildung perspektivisch für alle Kinder beitragsfrei zur
173 Verfügung steht. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines beitragsfreien
174 Jahres im Kindergarten.

175 **3. Strukturelle Hindernisse abbauen:**

176 Immer noch sind es vor allem die Frauen, die das Problem haben, Familie und Beruf zu
177 vereinbaren. Sie haben es aber nur deshalb, weil Männer es nicht haben bzw. nicht als ihr
178 Problem anerkennen.

179 Auch wenn in der öffentlichen Diskussion oft ein gegenteiliger Anschein erweckt wird:
180 diese Schwierigkeiten sind kein Problem, das sich allein durch private Aushandlung
181 zwischen den PartnerInnen lösen lassen würde. Grüne Frauenpolitik hat immer auf die
182 politische Bedeutung des Privaten hingewiesen. Bei der Frage nach der Vereinbarkeit von
183 Familie und Beruf handelt es sich um strukturelle Hindernisse die damit zusammenhängen,
184 nach welchen Grundprinzipien wir unsere Gesellschaft organisieren, sprich ob die
185 Gleichstellung der Geschlechter unser Ziel ist oder nicht.

186 Deshalb sind grundsätzliche Änderungen im Bereich der Erwerbsarbeit notwendig, um
187 Gleichstellung und Teilhabe für Frauen wie Männer zu ermöglichen . Gleichzeitig gilt aber
188 auch: So lange das Steuer- Finanz- und Versicherungssystem noch auf die
189 Alleinernährerehe fixiert sind, solange Männer deutlich höhere Löhne und Gehälter als
190 Frauen beziehen und solange die Infrastruktur bei familiennahen Dienstleistungen noch so
191 unterentwickelt und lückenhaft ist, ist dieses Problem individuell nur durch sehr hohen
192 Organisationsaufwand und unter Inkaufnahme erheblicher finanzieller Belastungen
193 regelbar. Das widerspricht unserer Auffassung von Gerechtigkeit.

194 Was wir brauchen ist tatsächliche Geschlechtergerechtigkeit – in Theorie und Praxis.

195

196 **II. Grünes Ziel: die eigenständige Existenzsicherung**

197

198 Ein vorsorgender Sozialstaat, also ein Staat, der vorausschauend abschätzt, welche
199 Wirkungen seine Handlungen erzielen, muss die eigenständige Existenzsicherung seiner
200 Bürger und Bürgerinnen zum Ziel haben. Soll z.B. Kinderarmut verhindert und nicht nur
201 gelindert werden, müssen Strukturen geschaffen werden, die Müttern und Vätern
202 erlauben existenzsichernde Jobs wahrzunehmen. Erwerbstätigkeit von Müttern (bzw.
203 beider Eltern) sowie die Einführung einer bedarfsdeckenden soziokulturellen
204 Existenzsicherung auch für Phasen der Nichterwerbsarbeit sind der beste Schutz vor
205 Kinderarmut.

206 Außerdem setzen wir uns für eine eigenständige, das soziokulturelle Existenzminimum
207 abdeckende Existenzsicherung von Kindern ein, die diesen Teilhabe und Chancengleichheit
208 – auch beim Zugang zu Bildung – garantiert.

209

210 **Familienpolitische Maßnahmen müssen die Frauen von der unbezahlten Arbeit im privaten**
211 **Bereich entlasten und auf eine gerechtere Arbeitsverteilung hinwirken.**

212 Nach wie vor wird ein großer Teil der gesellschaftlich notwendigen Reproduktions-Arbeit,
213 im privaten, unbezahlten (und damit unsichtbaren) Bereich vor allem von Frauen geleistet.
214 Noch immer wirken hier tradierte gesellschaftliche Strukturen, Zuschreibungen und
215 Rollenbilder.

216 Wenn allein Frauen diese ihnen gesellschaftlich zugewiesene unbezahlte Arbeit leisten,
217 sind sie meist nicht in der Lage, sich den männlichen Normen der Erwerbswirtschaft an Zeit
218 und Verfügbarkeit anzupassen.

219 Deshalb ist es für uns wichtig, Strukturen zu schaffen, die einen Teil der Fürsorge-,
220 Reproduktions- und Erziehungsarbeit aus dem privaten Bereich herausholt. Zudem wollen

221 wir die Strukturen der Erwerbsarbeit und des Bildungswesens so verändern, dass sie mit
 222 den Anforderungen von Familie vereinbar sind.

223

224 **Professionalisierung**

225 Die unbezahlte Betreuungs-, Erziehungs-, Bildungs- und Pflegearbeit, muss in unserer
 226 Gesellschaft auch und gerade angesichts des demografischen Wandels – aber ebenso
 227 unter Gleichstellungsaspekten - neu verteilt werden. Gesamtgesellschaftlich muss es um
 228 die Aufwertung und geschlechtergerechte Verteilung dieser Care-Arbeit gehen.

229 Dazu brauchen wir eine viel größere Professionalisierung in diesem Sektor.

230 Grundvoraussetzungen dafür sind eine flächendeckende qualitativ hochwertige flexible
 231 Kinderbetreuung in Form von Frühkindlicher Bildung und Erziehung für Kinder aller
 232 Altersstufen. Die Qualifizierung, Bezahlung und Anerkennung von ErzieherInnen muss
 233 dringend verbessert werden. Zudem müssen ambulante, stationäre und teilstationäre
 234 Pflegeeinrichtungen, die den Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen eine wirkliche Hilfe
 235 und Entlastung bieten, ausgebaut werden.

236 Dazu gehört aber auch, dass der Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen aus der
 237 Grauzone herausgeholt wird. Leistungen, die bisher privat und überwiegend von Frauen
 238 erbracht wurden, dürfen nun nicht einfach in einen Schwarzarbeitsmarkt übertragen
 239 werden. Auch die Tendenz, meist illegal beschäftigte und völlig untertariflich bezahlte
 240 Frauen ohne jegliche soziale Absicherung aus den östlichen Beitrittsländern der EU und
 241 andere Länder für diese Arbeiten einzusetzen treten wir entschieden entgegen. Diese
 242 Praxis verhindert eine bessere Anerkennung und wirkliche Professionalisierung in diesem
 243 Bereich. Hier sind Maßnahmen und Hilfen gefragt, die eine legale und fair bezahlte
 244 Beschäftigung ermöglichen.

245

246 **Gerechte Verteilung**

247 Es wird immer Aufgaben geben, die nicht aus dem privaten Bereich ausgelagert werden
 248 können und die Familienmitglieder auch selbst erbringen wollen.

249 Diese unbezahlte Arbeit muss aber gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden
 250 und sozial abgesichert sein, damit diejenigen, die sie übernehmen, nicht in Abhängigkeiten
 251 geraten. Wir brauchen eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den
 252 Geschlechtern und wollen, dass es selbstverständlich wird, dass auch Väter und Söhne
 253 Erziehungs- bzw. Pflegearbeit übernehmen. Finanzielle Anreize, wie z.B. das Elterngeld
 254 sind hier nur ein Schritt in die richtige Richtung, der wirkungslos bleibt, wenn keine
 255 flankierenden Maßnahmen hinzukommen. Gerade beim Elterngeld gilt es zudem darauf zu
 256 achten, dass die Schlechterstellung beispielsweise Studierender mit Kind nicht länger so
 257 bestehen bleibt.

258 Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass über die Einführung einer Pflegezeit
 259 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit für eine begrenzte Auszeit aus
 260 dem Beruf eröffnet wird.

261

262 **Lebensphasenpolitik:**

263 Die starre Abfolge von Ausbildung, Arbeit und Ruhestand wird heute von immer weniger
 264 Menschen gelebt, aber vom Staat noch in vielen Bereichen so vorausgesetzt.

265 Dies erschwert sowohl die Familiengründung als auch das Familienleben im Alltag. Von
 266 daher ist die Entwicklung einer Lebenslauf- und Zeitpolitik elementar. Männern und

267 Frauen soll es gleichermaßen ermöglicht werden, die Organisation von Eltern- und
 268 Familienarbeit, von Pflegeaufgaben sowie von Bildungs- und Weiterbildungsphasen mit
 269 der Erwerbstätigkeit zu verbinden. Die Politik muss der Tatsache Rechnung tragen, dass
 270 heute einzelne Lebensphasen wie Ausbildung, Beruf, Familiengründung und Familienarbeit
 271 nicht mehr nacheinander, sondern häufig parallel ablaufen. Familienpolitik muss sich einem
 272 veränderten Lebenslaufzyklus anpassen. Mit "Rush-Hour des Lebens" wird der Zeitraum
 273 im Lebensverlauf beschrieben, bei dem sich die Phase von Berufsausbildung und -einstieg,
 274 ökonomischer Absicherung, Entscheidung für den Lebenspartner sowie Familiengründung
 275 relativ weit nach hinten verschoben und zeitlich enorm verdichtet hat. In Deutschland ist
 276 dieser Sachverhalt, bedingt durch relativ lange Ausbildungszeiten, besonders stark
 277 ausgeprägt. Eine Familiegründung erfolgt demnach in einer Zeit höchster Belastung und
 278 mit vielfältigen - besonders ökonomischen – Unsicherheiten, oder wird letztlich, obwohl
 279 gewünscht, nicht realisiert.
 280 Deshalb muss grüne Familienpolitik auch eine Familien-Zeit-Politik sein und verstärkt alle
 281 Generationen und das Zusammenleben dieser in unterschiedlichsten Konstellationen in den
 282 Blick nehmen.

283

284 **III. Zusammenfassung:**

285

286 Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine emanzipative und
 287 gleichstellungsorientierte Familienpolitik. Alle familien- und sozialpolitischen Maßnahmen
 288 müssen die eigenständige Existenzsicherung und die bestmögliche Förderung der
 289 Individuen sowie Chancengleichheit zum Ziel haben.

290

- 291 - Für uns sind Investitionen in unterstützende Strukturen, um Frauen wie Männern ein
 292 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen gleichrangig zur der Überprüfung der
 293 Auswirkung von Transferleistungen. .
- 294 - Wir fordern eine flächendeckende Versorgung in den Bereichen:
 295 - qualitativ hochwertige Frühkindliche Bildung und (Klein-) Kinderbetreuung,
 296 - Ganztagesschulangebote, die auf individuelle Förderung und längeres gemeinsames
 297 Lernen setzen sowie integrativ sind und somit allen Kindern mit und ohne besonderen
 298 Förderbedarf offen stehen
 299 - und ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflegeeinrichtungen.
- 300 - Pflege- und Erziehungszeiten müssen so gestaltet und unterstützt werden, dass sie
 301 nicht zu einem dauerhaften Ausstieg aus dem Berufsleben führen.
- 302 - Care-Arbeit muss als gesellschaftlich notwendige Arbeit mehr Anerkennung erfahren
 303 und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.
- 304 - Der Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen muss stärker ausgebaut werden.
 305 Eine weitgehende Professionalisierung muss eine hohe Qualität der erbrachten
 306 Leistungen gewährleisten und gleichzeitig zur notwendigen Entlastung der
 307 Angehörigen beitragen.
- 308 - Die Anerkennung der pflegerischen, erzieherischen und pädagogischen Berufe muss
 309 deutlich verbessert werden, sowohl durch eine bessere und fundierte Ausbildung als
 310 auch durch eine bessere Bezahlung.

- 311 - Frauen müssen die Möglichkeit haben, ihre Existenz durch eigenständige Leistungen
312 abzusichern, um nicht mehr auf abgeleitete Ansprüche angewiesen zu sein.
- 313 - Auch die Förderpolitik ist an das Kriterium der Familienfreundlichkeit und der
314 Frauenförderung zu binden, ohne die beiden gegeneinander auszuspielen.
- 315 - Die Arbeitswelt muss sich den Anforderungen von Leben mit Kindern und/oder
316 Pflegebedürftigen anpassen. Unternehmen sind gefragt, flexiblere Arbeitszeitmodelle
317 ein- und familienfreundliche Maßnahmen durchzuführen und Familienfreundlichkeit
318 endlich als Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil anzuerkennen und auszubauen.
- 319 - Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsförderung müssen Frauen, auch wenn sie kleine Kinder
320 oder sich zur Pflege von Angehörigen entschlossen haben, den Zugang zu
321 existenzsichernder Erwerbsarbeit ermöglichen.
- 322 - Steuerliche Regelungen wie das Ehegattensplitting als familienpolitische Leistung
323 wirken der Gleichstellung entgegen und müssen abgeschafft werden.
- 324 - Die sogenannte „Rush-Hour“ des Lebens muss entzerrt werden. Unterbrochene
325 Bildungs- und Erwerbsbiographien dürfen nicht zu einer schlechteren oder fehlenden
326 eigenständigen sozialen Absicherung führen.
- 327 - Wir fordern eine Regelung, in der Erwachsene die relevanten familienrechtlichen
328 Fragen verbindlich miteinander regeln können. Die Berücksichtigung von
329 Familienformen mit mehr als zwei sozialen Elternteilen ist dabei ein zentrales Anliegen
330 von Patchwork- und Regenbogenfamilien.